Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach meinen Gesprächen im Wahlkreis am Wochenende war ich zurück zur zweiten Woche des Jahres im politischen Berlin, die eine wirkliche Überraschung für uns alle innehatte.

Überraschend kam in dieser Woche die Nachricht über den Verzicht von Sigmar Gabriel sich als Kanzlerkandidat zur Verfügung zu stellen. Unser allergrößter Respekt gilt Sigmar für diese Entscheidung, die einmal mehr zeigt, dass für ihn der Erfolg der Partei entscheidend ist. Vielen Dank Sigmar Gabriel für deine Arbeit für unsere SPD!

Ich bin mir sicher, dass wir mit dem langjährigen Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz, der in NRW verwurzelt und in Europa Zuhause ist, gute Antworten auf die Fragen der Zukunft geben werden. Denn wir brauchen mehr Europa mit klaren Bekenntnissen dazu. Wir brauchen mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit. Martin Schulz steht dafür und deshalb sage ich: **Martin kann Kanzler.**

Die SPD hat diese Woche deutlich gemacht, dass wir mit einem starken Kandidaten Martin Schulz in diese Bundestagswahl gehen werden. Dabei werden wir als Partei geschlossen und mit einer starken Mannschaft für unsere Themen werben. Zu dieser Mannschaft zählen unsere Ministerinnen und Minister, zu denen Brigitte Zypries als Wirtschaftsministerin hinzukommen wird. Außerdem bin ich mir sicher, dass Sigmar Gabriel die gute Politik Frank-Walter Steinmeiers als neuer Außenminister erfolgreich weiterführen wird.

Mit Martin Schulz werden wir in unserem Wahljahr einen glühenden und kämpferischen Europäer mit einem klaren und sozialen Kompass haben! Er spricht die Sprache unserer Bürgerinnen und Bürger. Er weiß was unsere Sozialdemokratie für die Menschen bedeutet.

Es ist ganz einfach - wir sind NRW - Martin ist NRW!

Packen wir es an!

Ihr

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Die Themen...

Für ein starkes Europa und eine transatlantische Partnerschaft auf Augenhöhe 3

Zusammenhalt statt Ausgrenzung und Parallelgesellschaften 4

Wirtschaftlichen Erfolg fortsetzen – in die Zukunft investieren 5

SPD-Erfolg beim Unterhaltsvorschuss 6

Besuch der Grünen Woche in Berlin 6

Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann 6

Für inklusives Wachstum“ - Jahreswirtschaftsbericht 2017 7

Rechtsklarheit bei Umsetzung der Richtlinie für Wohnimmobilienkredite 8

Ruhezeiten für Sportvereine neu regeln . 8

Kommunales Investitionsprogramm verdoppeln 9

Düngegesetz anpassen 9

Fortbestand der Sozialkassen im Bauhauptgewerbe sichern 10

Explosivstoffe für zivile Zwecke besser kontrollieren 10

Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken 11

Neue Spielräume für den städtischen Wohnungsbau schaffen 11

Für ein starkes Europa und eine transatlantische Partnerschaft auf Augenhöhe

Die Angriffe des neuen US-Präsidenten Donald Trump auf die freie Presse der USA und seine ersten Entscheidungen im Amt sind alarmierend. Sie zeigen: Unsere Werte einer sozialen und freiheitlichen Demokratie sind nicht für alle Zeit gegeben, sondern müssen immer wieder neu verteidigt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dazu entschlossen!

Vor einer großen Belastungsprobe steht auch das transatlantische Bündnis. Denn wie keiner seiner Vorgänger setzt Trump auf Protektionismus nach dem Motto „America first“ und nationale Abschottung. Es wäre jedoch ein Irrsinn, dafür die über Jahrzehnte gewachsenen engen Beziehungen zwischen Europa und den USA auf Spiel zu setzen, von denen beide Seiten profitieren. Wir wollen die transatlantische Partnerschaft fortsetzen – auf Augenhöhe! Deshalb werden wir selbstbewusst die europäischen Interessen und Standpunkte gegenüber der neuen US-Administration sowie im Gespräch mit dem amerikanischen Kongress vertreten. In der Handelspolitik ebenso wie in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Staaten Europas müssen nun zusammenstehen und sich auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen. Die Verächter eines starken Europas, ob Le Pen, Wilders und die AfD, versuchen uns weiszumachen, dass unsere Länder im nationalen Alleingang stärker und sicherer würden. Das Gegenteil ist der Fall: Ob Grenzsicherung, Flüchtlingskrise, Terrorabwehr oder die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand – nichts davon lässt sich mehr allein auf nationaler Ebene lösen.

Es ist deshalb von geradezu groteskem Widersinn, wenn rechte Populisten die Europäische Union just zu dem Zeitpunkt demontieren wollen, wo Europa angesichts der Entwicklungen in den USA mehr denn je auf sich selbst gestellt und die Europäer aufeinander angewiesen sind. Ich bin daher froh, dass viele Menschen am vergangenen Samstag in Koblenz angesichts der dortigen Tagung der europäischen Rechtspopulisten eine klare Haltung für Europa und gegen nationalistische Hetze gezeigt haben.

Zusammenhalt statt Ausgrenzung und Parallelgesellschaften

Rechte Populisten und Nationalisten hetzen nicht nur Völker gegeneinander auf, sondern spalten auch ihre eigenen Gesellschaften, etwa durch bewusste Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Muslime. Das ist ein fataler Irrweg!

Wir sind überzeugt: Für ein friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft müssen alle eine faire Chance auf ein gutes Leben haben - unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.

Bereits im Rahmen unseres Projekts Zukunft #NeueGerechtigkeit in der SPD-Bundestagsfraktion haben wir daher einen breiten Dialog mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern von Muslimen in Deutschland geführt. Diesen Austausch, bei dem auch bestehende Probleme auf beiden Seiten offen angesprochen werden, setzten wir mit unserer Fachkonferenz am 25. Januar fort. Dabei diskutierten wir insbesondere über gegenseitige Erwartungen sowie neue Wege für eine stärkere gesellschaftliche und politische Partizipation muslimischer Bürgerinnen und Bürger.

Besonders freute ich mich, dass Nouri und Renas aus Altenberge aktiv an dieser Konferenz teilnahmen. Nouri und Renas diskutierten dort unter der Moderation meines Kollegen Josip Juratovic mit vielen anderen muslimischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern über das "Zusammenleben im Alltag", bei der die beiden die einzigen Muslime waren, die erst vor einem Jahr nach Deutschland gekommen sind.

Die beiden jungen Leute engagieren sich in letzter Zeit vermehrt bei „YOUth of Integration“ und nutzen am Rande der Konferenz die Gelegenheit das politische Berlin näher kennenzulernen. Ich freue mich auf den weiteren Kontakt mit den beiden, die sich weiter engagieren wollen.

Wirtschaftlichen Erfolg fortsetzen – in die Zukunft investieren

In dieser Woche stellte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vor. Zu erwarten ist, dass die deutsche Wirtschaft ihre positive Entwicklung fortsetzt und auch 2017 ein robustes Wachstum aufweisen wird. Dieser Erfolg beruht auf der Leistung und der harten Arbeit vieler Millionen Frauen und Männer in unserem Land.

Wir wollen, dass Deutschland auch weiterhin wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig bleibt. Dafür müssen wir heute die notwendigen Voraussetzungen schaffen: *Mit Investitionen in Bildung, ein schnelles Internet* und *leistungsfähige Verkehrswege*.

Wir fordern die Union auf, sich dem nicht länger zu verweigern und die Überschüsse des Bundes aus dem Jahr 2016 für notwendige Investitionen in diesen Bereich einzusetzen!

Mit 6 Milliarden Euro könnten zum Beispiel 3.500 Schulen und berufliche Schulen saniert und für den digitalen Unterricht fit gemacht werden. Wer hart arbeitet und dem Staat Überschüsse erwirtschaftet, der darf zurecht erwarten, dass seine Kinder gute Schulen vorfinden, er schnell ins Internet kommt und Straßen und Eisenbahnen in bestmöglichem Zustand sind.

Wirtschaftlicher Erfolg ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur mit verlässlichen Einnahmen ist der Staat handlungsfähig und kann für Jobs, Sicherheit und Chancengleichheit sorgen. Umgekehrt gilt zugleich: Nur eine gerechte Gesellschaft kann auf Dauer wirtschaftlich prosperieren. Deshalb setzen wir uns z.B. bei den Managergehältern dafür ein, dass auch hier wieder Maß und Mitte herrscht. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient.

SPD-Erfolg beim Unterhaltsvorschuss

Es hat sich ausgezahlt, dass unsere Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und unsere SPD-Fraktion so beharrlich geblieben sind: Bund und Länder haben sich endlich auf eine Ausweitung des Unterhaltsvorschuss geeinigt.

Das ist eine gute Nachricht für Alleinerziehende und deren Kinder. Sie werden ab 1. Juli 2017 länger staatlich unterstützt, wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt: Die Begrenzung der Bezugsdauer beim Unterhaltsvorschuss auf bislang sechs Jahre wird abgeschafft und die Altersgrenze für Kinder, bis zu der Unterhaltsvorschuss gezahlt wird, von bisher 12 auf 18 Jahre angehoben. Der Bund wird künftig 40 Prozent der Kosten dafür tragen.

Mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses bekämpfen wir Kinderarmut und investieren zielgerichtet in die Zukunft von Jugendlichen. Denn jedes Kind und jeder Jugendliche soll die gleiche Chance auf ein gutes Leben haben.

Besuch der Grünen Woche in Berlin

Immer wieder begegnen mich in meinem Münsterländer-Wahlkreis die Fragestellung der Landwirtschaft und Ernährung. Deshalb bin ich auch dieses Jahr wieder gerne zur „Grünen Woche“ gefahren, um mich mit den Expertinnen und Experten auf dem Gebiet auszutauschen.

Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

Am Donnerstag traf ich mich als Gewerkschaftsbeauftrager der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Vorsitzenden des DGB Bundesvorstand Reiner Hoffmann zu einem intensiven, guten und wichtigen Austausch. Dabei ging es unter anderem über eine gerechte Steuerpolitik, Zukunftsinvestitionen und die gewerkschaftlichen Anforderungen an die Parteien.

Aktuelle Themen im Plenum

Für inklusives Wachstum" - Jahreswirtschaftsbericht 2017

Am Donnerstag stellte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einer Regierungserklärung den in dieser Woche im Kabinett verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht vor.

Trotz Unsicherheiten über das weltwirtschaftliche Umfeld – Stichworte: Protektionismus der Trump-Regierung, Brexit, Abkühlung des chinesischen Wachstums – wird die deutsche Wirtschaft 2017 voraussichtlich weiter solide wachsen, auch wenn die Wachstumsrate aufgrund der größeren Zahl an Feiertagen etwas moderater als im vergangenen Jahr ausfallen dürfte.

Der Jahreswirtschaft 2017 stellt das Bekenntnis zum inklusiven Wachstum in den Mittelpunkt. Es geht darum, ein steigendes Wohlstandsniveau damit zu verbinden, dass davon möglichst alle Teile der Bevölkerung profitieren und der erarbeitete Wohlstand gerecht in der Gesellschaft verteilt wird. Dabei sind wir in dieser Legislaturperiode ein gutes Stück vorangekommen: Die Zahl der Beschäftigten erreicht auch in diesem Jahr einen neuen Rekordwert und die Realeinkommen der privaten Haushalte werden auch in diesem Jahr spürbar steigen. Im Durchschnitt hat 2017 jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer rund 2.000 Euro mehr Jahresnettoeinkommen im Portemonnaie als zu Beginn dieser Legislaturperiode.

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik verlangt, die Grundlagen für den Wohlstand von morgen im Blick zu behalten. Deshalb sagen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten:

„Vorfahrt für Investitionen!“

In diesem Jahr gibt der Bund selbst 36,1 Mrd. Euro für Investitionen aus. Das entspricht einer Steigerung um mehr als ein Drittel in dieser Legislaturperiode. Länder und Kommunen werden im Zeitraum 2013 bis 2018 insgesamt um 79 Mrd. Euro entlastet. Diesen Weg möchten wir fortsetzen und mit mehr Investitionen ein inklusives Wachstum, das allen zugutekommt, beschleunigen.

Rechtsklarheit bei Umsetzung der Richtlinie für Wohnimmobilienkredite

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung berieten, geht es insbesondere auch um eine Präzisierung der Umsetzung der EU-Richtlinie für Wohnimmobilienkredite. Bestehende Unklarheiten haben in den vergangenen Monaten die Kreditvergabe insbesondere für junge Familien, befristet Beschäftigte und Seniorinnen und Senioren erschwert.

Wie von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert, sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung unter anderem vor, dass bei den Sicherheiten für ein Darlehen Wertsteigerungen von Immobilien uneingeschränkt berücksichtigt werden dürfen, wenn das Darlehen dem Bau oder der Sanierung der Immobilie dient.

Ruhezeiten für Sportvereine neu regeln

Um die derzeitigen Ruhezeiten einhalten zu können, sehen sich Sportvereine gezwungen, die Zahl der Jugendmannschaften zu begrenzen und keine neuen Mitglieder aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund sollen die Ruhezeiten neu geregelt werden. Die entsprechende Verordnung der Bundesregierung beraten wir diese Woche abschließend. Sie soll wohnortnahe Sportausübung fördern, indem die Immissionsrichtwerte für die abendlichen Ruhezeiten sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen von 13 bis 15 Uhr an die tagsüber geltenden Werte angepasst werden. Ferner soll der Sportbetrieb auf Anlagen, die bereits vor 1991 genehmigt oder zulässigerweise ohne Genehmigung errichtet worden sind, rechtlich besser abgesichert werden. Schließlich werden Immissionsrichtwerte für urbane Gebiete geregelt.

Kommunales Investitionsprogramm verdoppeln

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 verdoppelt der Bund das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden. Möglich wird dies durch unseren Verhandlungserfolg im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, mit dem wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Nachtragshaushalts auch über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse entschieden wird. Sie sollen aus Sicht der SPD-Fraktion für Investitionen in moderne Schulen und Berufsschulen, schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege verwendet werden.

Düngegesetz anpassen

Das Düngegesetz vom 9. Januar 2009 regelt insbesondere die Anforderungen an das Inverkehrbringen und die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen und Pflanzenhilfsmitteln. Das vorliegende Änderungsgesetz, das wir diese Woche abschließend beraten werden, enthält dringend notwendige Vorgaben zur Bilanzierung der Ein- und Ausgänge der beiden Pflanzennährstoffe Stickstoff und Phosphor. Mit diesen Vorgaben wird es endlich möglich sein, die landwirtschaftlichen Betriebe zu identifizieren, die zu viel düngen und diese zur Verantwortung zu ziehen. Zur Erleichterung dieser Aufgabe enthält das Düngegesetz Vorgaben zur Datenübermittlung zu den Überwachungsbehörden sowie weitere Bestimmungen, mit denen die Düngeverordnung angepasst werden kann. Jetzt sind die Länder gefordert, die neuen strengeren Regelungen auch umzusetzen.

Fortbestand der Sozialkassen im Bauhauptgewerbe sichern

Die SOKA-BAU ist die gemeinsame Einrichtung der drei Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft und Dachmarke der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) sowie der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK-BAU AG). Gemeinsam sichern beide Kassen die Urlaubsansprüche, eine betriebliche Altersversorgung sowie die Ausbildungsförderung für alle Beschäftigten und Betriebe der Bauwirtschaft. Zugleich ist die ZVK-BAU AG Deutschlands größte Pensionskasse (nach Anzahl der versicherten Personen).

Insgesamt sichert die SOKA-BAU somit ca. 700.000 Arbeitnehmer, 35.000 Auszubildende und mehr als 370.000 Rentnerinnen und Rentner ab. Dies wurde nun durch zwei Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichts aus formalen Gründen in Frage gestellt, mit denen die Allgemeinverbindlicherklärung mehrerer Sozialkassentarifverträge, die einer langjährig geübten Praxis entsprechen, für unwirksam erklärt wurde. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll nun der Fortbestand der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung gesichert und Rückforderungsansprüche verhindert werden. In der gestrigen Anhörung haben nahezu alle geladenen Sachverständigen den Gesetzentwurf begrüßt und sich für eine rasche Verabschiedung ausgesprochen. Deshalb bringen wir das Gesetz diese Woche unverändert in die abschließende Lesung ein.

Explosivstoffe für zivile Zwecke besser kontrollieren

Mit dem geplanten Gesetz sollen EU-rechtliche Vorgaben umgesetzt werden, um das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke zu harmonisieren. Hierbei ist auch ein System zur Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen umzusetzen, mit der eine Registrierungsnummer für pyrotechnische Gegenstände eingeführt wird.

Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken

Die weltweite Zunahme von Infektionskrankheiten stellt eine ernsthafte Herausforderung für unsere Gesundheit dar. Eine besondere Herausforderung ist die Verbreitung von Krankheitserregern, die gegen mehrere Arzneimittel-Wirkstoffe resistent sind. Zugleich ziehen sich viele Pharmaunternehmen wegen hoher Kosten und geringer Gewinnmargen aus der Wirkstoffforschung für Infektionskrankheiten und neue Antibiotika zurück. Deshalb setzen wir uns mit unserem Antrag für eine „Nationale Wirkstoffinitiative gegen Infektionskrankheiten“ ein, in deren Rahmen der Austausch zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen intensiviert werden soll. Ebenso fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die nationale Förderung im Bereich der Antiinefektiva zu stärken.

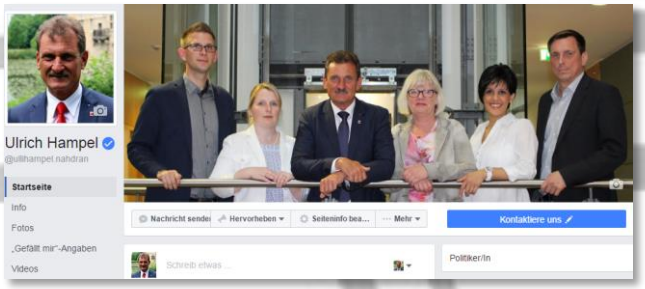
Neue Spielräume für den städtischen Wohnungsbau schaffen

Diese Woche haben wir in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt beraten. Mit dem Gesetz wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt. Viele Städte brauchen dringend Wachstumsperspektiven und bezahlbaren Wohnraum. Mit dem Gesetz erhalten Städte und Kommunen verbesserte Möglichkeiten der Nachverdichtung in Innenstädten, so dass eine höhere Bebauungsdichte möglich wird, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit dem neuen Baugesetzbuch wird das Bauen in stark verdichteten städtischen Gebieten leichter und schneller. Der Gesetzentwurf greift zudem weitere städtebauliche Anliegen auf: So werden unter anderem Rechtsunsicherheiten für Ferienwohnungsbetreiber und Kommunen in Zusammenhang mit der Genehmigung vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt und die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten ausgeweitet. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort dem Markt entzogen wird.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Schon Facebook geliked?

Wer meine politische Arbeit in Echtzeit mit verfolgen möchte und stets auf dem Laufenden bleiben will, worum es gerade in Berlin oder in meinem Wahlkreis geht, der hat es ganz ein-fach. Ein kleiner Klick auf meiner Facebook-Seite (www.facebook.ulrich-hampel.de) bei „Gefällt mir“ und die Nachrichten, Beiträge, Meldungen und manchmal auch die kleinen alltäglichen Erlebnisse sind auf Ihrem/ deinem Bildschirm.



Impressum

Herausgeber
Ulrich Hampel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 75651
Fax: 030/227 76650

www.ulrich-hampel.de
facebook.ulrich-hampel.de

Text und Redaktion
MdB Ulrich Hampel / MdB-Büro Ulrich Hampel

Erschienen
27. Januar 2017